

Politik, die polarisiert, politisiert

Politikberater *Erik Flügge* über politische Beteiligung junger Menschen. *Von Petra Hemmelmann*

Erik Flügge, Jahrgang 1986, ist Leiter der S&N-Kommunalberatung und Geschäftsführer der Squirrel & Nuts Gesellschaft für strategische Beratung. Er berät Kommunen bei der Entwicklung von politisch wertneutralen Partizipationsprojekten. Als politischer Strategie betreut er zudem Wahlkämpfe der SPD und der Grünen.

In den letzten Monaten ist einiges in Bewegung geraten: Auf einmal treten viele junge Menschen in Parteien ein. Ist die Klage damit überholt, die Wissenschaft und Politik seit Jahren über das sinkende Politikinteresse junger Menschen in Deutschland vorbringen? Gerade die „Generation Y“ – die zwischen 1980 und 1999 Geborenen – hat den Ruf, passiv und unpolitisch zu sein. Tatsächlich ist die Wahlbeteiligung unter Jungwählern deutlich niedriger als unter älteren Wahlberechtigten. Dieser Trend manifestierte sich auch bei der Bundestagswahl 2013: Bei einer Gesamtbeteiligung von 72,4 Prozent, war die Wahlbeteiligung bei den 21- bis 25-Jährigen mit 60,3 Prozent am niedrigsten, gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen mit 62,4 Prozent und den unter 21-Jährigen mit 64,2 Prozent (vgl. BpB 2013). Unsere Redakteurin Petra Hemmelmann hat sich mit Erik Flügge unterhalten, einem jungen Politikberater und Experten für Bürger- und Jugendbeteiligungsprozesse in Städten und Gemeinden. Ein Gespräch über Probleme und Voraussetzungen der politischen Partizipation junger Menschen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017.

Herr Flügge, das große Desinteresse junger Menschen – gerade Studierender – an Politik sei besorgniserregend, sagte Bildungsministerin Johanna Wanka 2015. Mit dieser Auffassung steht sie nicht alleine, immer wieder wird kolportiert, die Jugend von heute sei unpolitisch, und gesellschaftlich desinteressiert. Trifft das zu?

FLÜGGE: Mit der Shell-Jugendstudie liegt seit Jahren eine Langzeiterhebung vor, in der auch das politische Interesse abgefragt wird – und dieses politische Interesse bei jungen Menschen ist konstant vorhanden. Jugendliche wirken an unendlich vielen Stellen konkret mit und bilden sich eine Meinung. Und der Vorwurf, dass sie nur egozentrisch unterwegs wären – also

ehrlich gesagt ist das ein gutes demokratisches Recht, denn insbesondere auch angesichts des demografischen Wandels ist es wichtig, dass Jugendliche ihre eigenen Interessen in den Blick nehmen, weil sie schlicht und ergreifend weniger werden.

Die Bildungsministerin bezog sich mit ihrer Aussage auf den Studierenden-survey 2015, in dem zwei Drittel der Befragten angaben, sich wenig bis gar nicht für Politik zu interessieren. Vielleicht wird politisches Interesse hier mit Interesse an Parteien und Bundestagsdebatten zu eng verstanden?

Das Interesse an Parteien ist bis Oktober 2016 sehr schwach gewesen. Seit der Wahl von Donald Trump zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab. Die Grünen haben massive Zuwächse in der Mitgliedschaft, die SPD hat enorme Zuwächse – so viel wie seit Willy Brand nicht mehr. Die Union profitiert von solchen Effekten aktuell sehr wenig. Und: Wenn man wie Frau Wanka konkret auf Studierende schaut, dann kann man bestimmte Dinge sehen, die den Eindruck politischen Desinteresses erwecken. Beispielsweise ist die Beteiligung an Hochschulwahlen miserabel, was aber auch damit zusammenhängt, dass die Studierendenparlamente kaum Einflussmöglichkeiten haben, und die Leute sich logischerweise nicht für etwas interessieren, bei dem sie relativ wenig bewirken können.

Auch das ist schon eine allererste politische Partizipation, wenn ich zu etwas „Nein“ sage, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen.

Was heißt denn aus Ihrer Sicht eigentlich Partizipation, Beteiligung?

Wenn wir das auf junge Menschen beziehen, kann man unterschiedliche Formen unterscheiden, die an unterschiedliche entwicklungspsychologische Punkte anknüpfen. Wenn Jugendliche vom Kindesalter an den Punkt kommen, plötzlich jugendlich zu sein, so ungefähr in der 8. Klasse, dann ist deren erste Annäherung an eine neue Wirklichkeit, eine Kritik von dem, was sie sehen. Die motzen dann. Auch das ist schon eine allererste politische Partizipation, wenn ich zu etwas „Nein“ sage, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Wichtig ist dann aber, dass Jugendliche – und das passiert sowohl in deren innerer Entwicklung, muss sich aber auch in der äußeren Entwicklung durch Angebote an sie spiegeln – lernen und erfahren können, dass es mehr geben muss als „nein“, dass ich nämlich selbst Vorschläge einbringen kann, dass ich selbst an Themen arbeiten kann und zu einer Lösung beitrage. Wir erleben in den letzten Jahren – insbesondere in Schleswig-Holstein und Baden-

Württemberg, weil diese beiden Länder in der Gemeindeordnung stehen haben, dass Jugendliche beteiligt werden müssen, dass ganz viele Kommunen sich aufmachen, Jugendliche unmittelbar an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Wenn das gut gemacht ist, erlebt man, wie konstruktiv junge Menschen mitarbeiten, mit wie viel Begeisterung, mit wie viel Engagement. Und das Spannendste ist, wie viel kompromissbereiter sie im Vergleich zu Erwachsenen sind, die häufig schon eine vorgefertigte Position haben. Jugendliche sind es gewöhnt, dass sie jede Position immer verhandeln müssen – sei es mit ihren Eltern, ihren Lehrern, ihren Mitschülern.



Erik Flügge
(Foto: David Sievers)

Sie haben auf dem Feld der Beteiligung schon viel Erfahrung gesammelt. Wie können denn Jugendliche erfolgreich zu so einer politischen Beteiligung motiviert werden? Welche Voraussetzungen muss beispielsweise eine Kommune schaffen, damit das funktioniert?

Das Erste ist: Wir haben es bei Jugendlichen mit Demokratie-Übungen zu tun. Und je schwächer der Bildungs- und der soziale Hintergrund von Jugendlichen ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie wenige bis keine positive Demokratie-Erfahrung gemacht haben, weder im Elternhaus noch in der Schule und auch nicht als Mitglied in einem Verband oder einer Jugendgruppe, wo man demokratische Beteiligung erleben kann. Sprich: Das Grundzutrauen der Jugendlichen, dass sie wirklich gehört werden, ist daher relativ gering. Das bedeutet etwas für den Zugang zu solcher Beteiligung. Jugendliche dazu zu motivieren, an einer Beteiligung mitzuwirken, darf nicht allein dem Prinzip der Freiwilligkeit überlassen werden. Wir rekrutieren Schülerinnen und Schüler zum Beispiel über Schulen. In einem Modell, das wir entwickelt haben, dem Achterrat, machen sogar hundert Prozent aller Jugendlichen in der achten Klasse in einer Stadt mit. Wir sagen: Ihr müsst jetzt an Beteiligung teilnehmen. Aber danach ist alles freiwillig. Damit stellen wir sicher, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, überhaupt zu erfahren, welche Beteiligungsmöglichkeiten sie haben. So gewinnen wir tatsächlich 80 bis 90 Prozent der Jugendlichen

dafür, sich konkret einzubringen und sich innerhalb eines Projektes zu engagieren. Wichtig ist zudem: Man muss bei Jugendlichen damit starten, dass sie ihre eigenen Themen formulieren. Das kann etwas sein wie „Ich finde die Busfahrzeiten blöd“. Viele Vorstellungen, die die Jugendlichen haben, sind, wenn man sie nur formal betrachtet, nicht durchführbar. Woran scheitert es? Die Jugendlichen schlagen etwas vor, die Politik schaut sich das an und zieht dann einen Juristen aus der Tasche und sagt: Das geht nicht, denn da gibt es folgendes Gesetz. Oder: Das geht nicht, denn das ist nicht finanzierbar. So klappt's natürlich nicht. Wenn ich mit Jugendlichen zusammenarbeite, kann ich von ihnen nicht erwarten, dass die diesen ganzen Hintergrund von Finanzierung und juristischen Rahmenbedingungen kennen. Deswegen arbeite ich mindestens so stark wie mit den Jugendlichen auch mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern an diesem Thema. Also: Hört doch mal, welches Interesse dahinterliegt, und berätet mit den Jugendlichen gemeinsam, welche Lösung es geben kann. Die Jugendlichen sind hochgradig kompromissbereit, also auch bereit zu sagen: Ok, wenn das so nicht geht, dann machen wir das eben anders. Aber man darf auf die Jugendlichen nicht mit einer Blockadehaltung reagieren. Statt „nein, das geht nicht“ sollte man immer schauen, welches Interesse liegt dahinter und wie könnten wir das realisieren.

Wir haben je nach politischer Ebene ganz unterschiedliche Probleme – auf der kommunalen: dass es außer einer Lokalzeitung nicht viel gibt.

Welche Rolle können und sollten Medien übernehmen, wenn es darum geht, Partizipation von Jugendlichen zu fördern und anzuregen?

Wir haben je nach politischer Ebene ganz unterschiedliche Probleme. Auf der kommunalen Ebene besteht das Problem, dass es außer einer Lokalzeitung nicht viel gibt. Zeitunglesen ist aber nicht der präferierte Zugang von Jugendlichen zur Informationsübergabe. Wenn das Elternhaus keine Zeitung abonniert hat oder die Jugendlichen kein Interesse haben, eine zu lesen, kriegen sie denkbar wenig mit von ihrer eigenen Stadt. Zum Teil gibt es Jugendliche, die in meinen Projekten gar nicht wissen, dass der Typ, der vor ihnen steht, der Bürgermeister ist – das muss ich dann immer noch erklären. Ich finde, es gibt sehr schöne mediale Projekte, die versuchen, an so etwas anzuknüpfen. Mir fällt zum Beispiel das „LeoMagazin“ ein, das ist ein von Jugendlichen gestaltetes Youtube-Nachrichtenmagazin für ihre Stadt Leonberg, mit dem Jugendliche für Jugendliche Nachrichten produzieren. Das ist ein schöner Weg, der zeigt, dass

Kommunalpolitik oder kommunale Themen nicht zwangsläufig auf Desinteresse stoßen, sondern die alte Form des Mediums. Anders sieht es auf Bundesebene aus. Zu einer Bundestagswahl haben wir immer sehr viele Angebote in ganz unterschiedlichen Bereichen: öffentlich-rechtliche und private Sender und überregionale Tageszeitungen. Das Wichtige aber ist, dass Jugendliche zwei Dinge erleben müssen, um wählen zu gehen. Erstens müssen sie sehen, welche Personen kandidieren und zweitens müssen sie sehen, um welche Inhalte es geht, weil sie noch keine psychologische Mitgliedschaft in einer Partei entwickelt haben. Das haben Erwachsene meistens: Die Partei, die ich häufig wähle, nehme ich positiver wahr als die Partei, die ich nie wähle. Bei Jugendlichen ist das noch nicht so, das heißt, sie brauchen viel mehr Informationen und viel bessere Porträts von Personen. Und dazu wird in den Medien relativ wenig angeboten, vor allem für den inhaltlichen Teil. Bei Radiosendern, auch Jugendradiosendern zum Beispiel werden immer nur belanglose Oberflächlichkeiten transportiert. Offenbar will man im Zuge einer Bundestagswahl das Publikum nicht mit zu viel Inhalt und zu komplexer Politik verschrecken. Das ist bei der Aktivierung von jungen Menschen für eine Wahl ein Fehler. Man sieht auch am Erfolg des Wahl-O-mat, wie stark der auch von jungen Leuten genutzt wird, weil sie auf der Suche nach Inhalten sind. Sie versuchen herauszufinden, wer steht für was, um sich eine Meinung zu bilden, weil sie eben noch keine Bindung zu politischen Parteien haben.

Von der Verantwortung der Medien nochmal einen Schritt zurück. Wenn man das ganze einmal normativ betrachtet: Wessen Aufgabe ist es eigentlich, sich für die politische Beteiligung von Jugendlichen einzusetzen?

Wenn wir ganz demokratietheoretisch auf die Sache schauen, wäre es eigentlich die Aufgabe der Jugendlichen selbst. Das Grundproblem aber ist, dass das nicht für alle Jugendlichen funktioniert, weil sie zuerst eine positive Erfahrung mit Demokratie machen müssen, um Lust zu bekommen, weiter daran teilzunehmen. Diese positiven Erfahrungen sind in unserer Gesellschaft extrem unterschiedlich verteilt. Je stärker die Bildung und das Engagement des Elternhauses, desto wahrscheinlicher ist es, dass jemand im jugendlichen Alter eine positive Demokratie-Erfahrung macht. Das bedeutet, dass wir bezogen auf diejenigen, die diese Erfahrungen nicht machen, als Gesellschaft ein Interesse haben müssen, dass wir ihnen diese Erfah-

rungen zur Verfügung stellen – sonst verlieren wir die nächste Generation auch noch als aktive Teilhabende an der Demokratie. Von daher sehe ich einen staatlichen Auftrag darin, sich darum zu kümmern, dass die Beteiligung von jungen Menschen steigt, und den sehe ich im Kern bei der jeweiligen politischen Ebene, die gewählt wird. Ein Beispiel aus Baden-Württemberg: Dort wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt und gleichzeitig haben die Landeszentrale für politische Bildung und der Landesjugendring eine große Aufklärungs- und Informationskampagne gestartet: Worum geht es bei der Landtagswahl, was sind die Themen, wofür stehen die Parteien. Das Spannende ist: Die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen war sehr gut und das Wahlverhalten war überhaupt nicht radikal.

Wenn wir bei den politischen Akteuren bleiben: Welche Rolle haben die einzelnen Parteien?

Ganz pragmatisch ist die Aufgabe einer Partei in einer Wahl mit den größten Prozentanteilen rauszukommen. Daran wird natürlich auch bemessen, wie man strategisch in einem Wahlkampf vorgeht. Wenn wir auf die Bundestagswahl 2013 schauen, dann hat die CDU die mit weitem Abstand gewonnen und sie hat das getan, indem sie eine Strategie gefahren hat, die politisch als Partei völlig legitim ist, nämlich möglichst wenig Sachdiskussionen zuzulassen. Das war ein Wahlkampf, der in keiner Weise geeignet war, junge Menschen in großer Masse zur Wahl zu aktivieren. Für mich als Partei sind Jugendliche immer dann spannend, wenn ich sehe, dass ich sie aktivieren kann, und zwar dazu, dass die mich wählen. In der Bundestagswahl dieses Jahr haben wir eine andere Ausgangslage: Martin Schulz setzt sehr stark darauf, auch junge Wählersegmente anzusprechen. Die SPD hat seit seiner Nominierung über 15.000 Neueintritte, der überwiegende Teil davon ist jung. Dementsprechend stark wird in diesen Bundestagswahlkampf von der SPD eben auch die Perspektive junger Menschen mit eingespeist und Inhalte in diese Richtung produziert werden. Aber das ist nur der Fall, weil sich die SPD dadurch ein Wählerpotential erhofft, das die CDU nicht abrufen kann. Anders als 2013 ist die politische Lage jetzt zudem wieder so stark polarisiert, dass ich auch einen Konflikt habe, mit dem ich Jugendliche erreichen kann. Insgesamt ist die Rolle von Parteien begrenzt: Sie handeln immer nur im eigenen Interesse – und das ist auch demokratietheoretisch richtig so.

In der Bundestagswahl 2017 haben wir eine andere Ausgangslage: Martin Schulz setzt stark darauf, auch junge Wählersegmente anzusprechen.

Sehen Sie auf Bundes- oder Landesebene ein Best-Practice-Beispiel, wo schon sehr viel richtig läuft?

Zurzeit läuft für Jugendliche insgesamt sehr viel richtig. Erstens haben wir eine echte Auswahl zwischen Angela Merkel und Martin Schulz. Vor dem Hintergrund, dass Jugendliche diese starke Personen- und Themenorientierung haben, gibt es auf der Ebene von Personen einen Unterschied. Das ist anknüpfbar für Jugendliche, da können sie eine Entscheidung treffen. Ob es zweitens einen deutlich herausgearbeiteten thematischen Unterschied geben wird, wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Wenn wir uns zum Beispiel Angela Merkel gegen Gerhard Schröder 2005 anschauen, dann sehen wir zwei unterschiedliche Personen und die Frage: Irak-Krieg ja oder nein. Das war ein super Wahlkampf, um viele junge Menschen zu involvieren – weil es einen klaren Sachunterschied gab und einen klar herausgearbeiteten Personenunterschied. Deswegen ist es zum Beispiel glücklich, dass Martin Schulz nicht Teil der aktuellen Regierung ist, weil sonst immer beide Kandidaten sagen müssten, dass sie alles toll machen. Kurz gesagt: Wann immer sich etwas polarisiert, ist das gut, um junge Menschen zu erreichen.

Ist es aber nicht so, dass Politik nun mal sehr komplex ist und sich nicht an einer einzelnen Sachfrage entscheidet?

Das stimmt, aber – und das ist das Grundproblem – das verstehen nicht nur Jugendliche nicht, das versteht insgesamt in einer Demokratie nur ein geringer Teil der Bevölkerung. Es ist einfach so, dass es immer nur ganz wenige Sachfragen sind, die es auf die höchste Ebene schaffen, dahin, dass sie von der Bevölkerung mitbesprochen werden. Wenn wir auf die letzten drei Jahre schauen, dann gibt es nur ein einziges Thema, das bestimmend ist und das ist die Frage des Umgangs mit Flüchtlingen. Deswegen braucht es uns auch nicht wundern, dass wir einen hohen Anteil von Jungwählern hatten, die 2016 in den Landtagswahlen die AfD gewählt haben, weil die AfD einen der beiden thematischen Pole dargestellt hat.

Das führt letztlich aber zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft, wenn wir immer nur in schwarz oder weiß denken. Lassen wir auf diese Weise nicht irgendwann da, wo die USA jetzt schon stehen? Ist es gut für eine Gesellschaft, wenn man alles polarisiert?

Man kann das aus unterschiedlichen Richtungen betrachten. Für die Frage, ob Jugendliche sich für Politik interessieren, ist es wichtig, dass es einen sichtbaren Unterschied gibt.

Wenn dieser sichtbare Unterschied zwischen den beiden Volksparteien existiert, dann ist das etwas, von dem die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit jahrzehntelang sehr profitiert hat. Wenn wir zum Beispiel an den Konflikt über die neue Ostpolitik denken, an den Konflikt über die soziale Marktwirtschaft oder an den Konflikt der Modernisierung oder des Weiter-So zwischen Schröder und Kohl. Es gibt diese Beispiele, wo die Polarisierung zwischen den großen Volksparteien produktiv für das gesamte politische System ist. Problematisch wird es, wenn das etablierte politische System auf der einen und auf der anderen Seite eine radikale Kraft dagegensteht. Das ist der Fall, den wir die letzten zwei Jahre hatten. Alle stehen auf der Seite der Bundeskanzlerin und dagegen stellt sich die rechtspopulistische Partei AfD – dann haben wir ein Problem, dann zerbricht eine Gesellschaft. Aber solange große gesellschaftliche Integrationsblöcke wie CDU oder SPD die Polarisierung darstellen, geht daran keine Gesellschaft zu Bruch.

Nach Bekanntgabe der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz sind innerhalb von fünf Wochen laut Parteiangaben 10.000 Personen in die SPD eingetreten – 40 Prozent davon sind unter 35 Jahre alt. Schulz punktet darüber hinaus insbesondere bei Jungwählern. Ist das nur eine Frage der Personenorientierung oder spielt hier auch die Themensetzung eine Rolle?

Seit 2008 gibt es zwei Krisenthemen: Es gibt die Eurokrise und es gibt die Flüchtlingskrise. Und sonst gibt es nichts. 2008 ist neun Jahre her und im Schnitt treten in die SPD Leute unter 30 Jahre ein. Das sind also Personen, die in ihrer gesamten politischen Sozialisation, in ihrer ganzen Zeit, in der sie sich für Politik interessiert haben, dauerhaft nur Krisen erlebt haben. Die kennen das gar nicht, dass Politik auch Spaß machen kann. Ich werde jetzt 31, ich kenne noch die Netzpolitik als Streitpunkt, Krieg und Frieden, Umwelt- und Energiepolitik. Aber schon wer drei Jahre jünger ist, der kennt das nicht. Der kennt nur, dass sich Politik um Krisen dreht. Und der erlebt jetzt gerade seit Martin Schulz zum ersten Mal, dass es in der Politik um etwas Anderes gehen kann als um eine Krise, um etwas anderes als alle gegen die AfD. Es geht endlich mal um etwas Positives. Und da verstehe ich völlig, dass junge Menschen darauf abgehen.

Ob mit oder ohne Martin Schulz: Ganz allgemein würden Sie also den Parteien mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst empfehlen, eine klare Position zu beziehen zu einem Thema, das Jugendliche bewegt?

Ja und ein Thema, das Jugendliche bewegt, muss nicht zwangsläufig immer ein Jugendthema sein. Die Frage von Krieg und Frieden im Fall des Irak-Kriegs war ein gesamtgesellschaftlich relevantes Thema. Aber: Um Jugendliche zu erreichen, muss es einen Unterschied in der Person, den wir bezogen auf diese Bundestagswahl haben, und ein klares inhaltliches Angebot geben. Inhaltlich etwas herauszuarbeiten ist jetzt viel stärker der Job der Grünen, FDP, AfD und Linkspartei, weil die in der großen Personenunterscheidung zwischen Schulz und Merkel gar nicht stattfinden. Wenn die kleinen Parteien bei jüngeren Wählersegmenten punkten wollen, müssen sie jetzt mit sehr zugespitzten, klaren Inhalten auf den Plan treten.

Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): *Wahlbeteiligung nach Altersgruppen*. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/205686/wahlbeteiligung-nach-altersgruppen>.